

10. November 2023

An den Rat der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock
Herrn Bürgermeister Erichlandwehr

Antrag als Tischvorlage zu den Haushaltsberatungen im HFA am 05.12.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates!

Die FDP-Fraktion beantragt,
der Rat der Stadt Holte-Stukenbrock möge beschließen:

- 1. Die Stadt Schloß Holte-Stukenbrock fordert den Kreis Gütersloh auf, geeignete Maßnahmen zur Senkung der Kreisumlage zu ergreifen.**
- 2. Die Stadt Schloß Holte-Stukenbrock fordert den Kreis Gütersloh auf, den geplanten Ansatz zur Entnahme aus der Ausgleichsrücklage bei der Aufstellung des Kreishaushaltes 2024 auf 6,8 Millionen Euro zu verdoppeln.**

Begründung:

Die Kreisumlage ist der wesentliche Aufwandsposten innerhalb des städtischen Haushaltsplans. Selbstverständlich werden über die zu zahlende Kreisumlage auch Gegenleistungen in unserer Stadt erbracht. Allerdings stehen die Steigerungsraten der letzten Jahre aus Sicht der FDP-Fraktion in keinem gesunden Verhältnis mehr. In jedem Jahr wird ein neuer Rekordwert erreicht. 2024 ist mit einem Betrag von 30,2 Millionen Euro zu rechnen. 2018 lag der Betrag noch bei 17,2 Millionen Euro. Die Kreisumlage liefert sich in der Höhe ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit den Erträgen aus der Gewerbesteuer. Mit anderen Worten: Die Gelder aus unserer wichtigsten Einnahmequelle werden im Grunde 1:1 an den Kreis Gütersloh überwiesen.

Zu 1.:

Wir sehen den dringenden Bedarf einer Aufgabenkritik und einer Prüfung eines Personal-Einstellungs-Moratoriums beim Kreis Gütersloh. Der Personalbestand ist in den Jahren von 2018 bis 2023 um 23 % gewachsen (auf knapp 1.450 Stellen). Laufend kommen neue Stellen hinzu, die über die allgemeine Kreisumlage durch die kreisangehörigen Kommunen zu bezahlen sind.

Zu 2.:

Seit Jahren wird zur Deckung der Aufwendungen bei der Aufstellung des Kreishauhalts mit einem Ansatz von 3,4 Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage des Kreises geplant. Die letzten Jahresabschlüsse auf Kreisebene waren positiv, sodass der Griff in die Ausgleichsrücklage nicht notwendig war. Im Gegenteil ist die Ausgleichsrücklage des Kreises auf nunmehr rund 18 Millionen Euro angewachsen. Wir halten es nicht für richtig, dass ein umlagefinanzierter Haushalt eine üppige Ausgleichsrücklage ansammelt. Eine zumindest einmalige Verdopplung des üblichen Ansatzes auf 6,8 Millionen Euro zur Entlastung der Kommunen halten wir für angebracht.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thorsten Baumgart